

Protokoll

Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

Sitzung: Mittwoch, 13.10.2021

Ort: Stadthalle Braunschweig - Vortragssaal, St. Leonhard 14, Zugang über "An der Stadthalle", 38102 Braunschweig,
Videokonferenz, Webex-Meeting

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:34 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Nicole Palm - SPD

Mitglieder

Herr Dr. Rainer Mühlnickel - B90/GRÜNE

Herr Christian Bley - Die Fraktion P²

Frau Astrid Buchholz - BIBS

Herr Manfred Dobberphul - SPD

Herr Björn Hinrichs - CDU *bis 18:29 Uhr*

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Frau Annette Johannes - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Reinhard Manlik - CDU

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Frau Anke Schneider - DIE LINKE.

Frau Anneke vom Hofe - AfD

sachkundige Bürger

Herr Andreas Becker - SPD

Herr Godehard Busche - CDU

Herr Hans-Joachim Jäger - CDU

Herr William Labitzke - SPD

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

Frau Dr. Eva Goclik - Vertreterin der Umweltverbände *ab 16:15 Uhr*

Herr Aytekin Demirbas - Vertreter Vorstand Behindertenbeirat

Gäste

Herr Uwe Mickler - Polizei

Herr Özer Calisir - BBHC zu TOP 5

Frau Claudia Kasischke - Gutachterbüro EHS Ingenieure zu TOP 4.1

Verwaltung

Frau Merle Spanuth - Dezernat VIII

Protokollführung

Frau Julia Matoš - 0600

Abwesend

weitere Mitglieder

Herr Mathias Möller - FDP

entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Olaf Gedrowitz - Vertreter Vorstand Behindertenbeirat

entschuldigt

Verwaltung

Frau Bianca Winter - Verwaltung

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 22.09.2021
(öffentlicher Teil) | |
| 3 | Mitteilungen | |
| 3.1 | Projektabschluss Forschungsprojekt Digital unterstützte Mobilitätsgarantie in Braunschweig (DiMo-BS) | 21-16945 |
| 3.2 | Sachstand Veloroute Uferstraße | 20-14876-01 |

3.3	_Sachstand Radverkehrszählanlagen (FWI 194 / 2020)	21-15815-02
3.4	_Beschlossener Haushaltsantrag FU 076 / 2020: Installation von "Trixi-Spiegeln" und farblichen Markierungen an Kreuzungen	21-15746-01
3.5	_Mündliche Mitteilung zum Sachstand Baugebiet Feldstraße-Süd	
4	_Anträge	
4.1	_Erhalt des Brückenrelikts an der Spargelstraße	21-17009
5	_Konzessionsausschreibung öffentliche Ladeinfrastruktur: Umfang und wesentliche Inhalte	21-16987
5.1	_Änderungs- (Erweiterungs-) antrag zu Antrag 21-16987: _Konzessionsausschreibung öffentliche Ladeinfrastruktur: Umfang und wesentliche Inhalte	21-17052
6	_Gewährung von Fördermitteln der Kommunalen _Wohnraumförderung	21-16997
7	_Welfenhof, Abschluss eines Baudispensvertrages zur teilweisen Schließung und Einziehung der Packhofpassage	21-17034
8	_Anfragen	
8.1	_Ringgleis, Bauabschnitt Prinz-Albrecht-Park/Brodweg bis _Helmstedter Straße	21-17006
8.1.1	_Ringgleis, Bauabschnitt Prinz-Albrecht-Park/Brodweg bis _Helmstedter Straße	21-17006-01
8.2	_Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Palm eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 22.09.2021 (öffentlicher Teil)

Auf Wunsch von Ratsfrau Mundlos erfolgt eine Präzisierung zu TOP 3.1. Ratsfrau Mundlos vermisst bei TOP 9 ihre Frage, ob die Straßenkanalisation für die Straße Kälberwiese und andere Straßen über das Pumpwerk Triftweg erfolge, und die zugesagte Antwort. Stadtbaurat Leuer sagt eine Aufnahme in das Protokoll zur Sitzung vom 13.10.2021 zu.

Protokollnotiz: Das Pumpwerk Triftweg ist kein Pumpwerk für die Niederschlagswasserkanalisation, sondern es pumpt bei höheren Wasserständen der Schölke das Wasser der Schölke nach Norden und unterstützt dadurch den Abfluss. Bei normalem Wasserstand fließt die Schölke ohne gepumpt zu werden über einen Bypass am Pumpwerk vorbei. Die Niederschlagswasserkanalisation aus der Siedlung Kälberwiese mündet in die Schölke, was dazu führt, dass nur bei höheren Wasserständen das schon in die Schölke eingeleitete Niederschlagswasser aus der Siedlung Kälberwiese gepumpt wird.

Beschluss: Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird mit mindestens 10 Dafür-Stimmen und ohne Dagegen-Stimmen genehmigt.

3. Mitteilungen

3.1. Projektabschluss Forschungsprojekt Digital unterstützte Mobilitätsgarantie in Braunschweig (DiMo-BS) 21-16945

Herr Walther geht auf Fragen und Anmerkungen von Ratsfrau Mundlos und von Herrn Demirbas ein. Das Angebot Anruf-Linien-Taxi (ALT) werde im On-Demand-Verkehr aufgehen. Das Angebot per Telefon bleibe erhalten und werde um digitale Buchungsmöglichkeiten erweitert. Wie bisher auch setze man auf Öffentlichkeitswirksamkeit und habe Zielgruppen wie Seniorinnen und Senioren besonders im Blick. Vor den Anpassungen werden die politischen Gremien beteiligt. Alle Fahrzeuge, die für den On-Demand-Verkehr eingesetzt werden, werden aus dem Fahrzeugpool des Regionalverbands zur Verfügung gestellt und sind barrierefrei, sodass Rollstühle, Kinderwagen usw. mitgenommen werden können.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3.2. Sachstand Veloroute Uferstraße 20-14876-01

Zum Sachstand der Planung und Realisierung der Uferstraße in Anlehnung an den Veloroutenstandard gibt es Fragen und Anmerkungen der Ratsmitglieder Palm, Dr. Mühlnickel, Buchholz und Kühn. Die Neugestaltung der Uferstraße mit einer Trennung von Fuß- und Radverkehr erfolgt unabhängig und parallel zur beschlossenen pilothaften Veloroute vom Umfeld Schlossplatz über die Helmstedter Straße in Richtung Cremlingen / Sickte bis zum Schöppenstedter Turm (siehe 21-15700-03). Der Ausbau sei umfassender als der Anwendungsfall für die Beschlussvorlage 21-16665, daher greifen die dortigen gestalterischen Vorgaben nicht; welche Noppensteine usw. hier verwendet werden, sei noch offen. Als Bürgerbeteiligung sei eine Veranstaltung zwecks Information und Austausch angedacht. Zur Unterföhrung am Wendenring laufen verwaltungsinterne Klärungen. Ratsfrau Buchholz befürwortet die geplante Querung des Wendenrings. Ratsfrau Palm bittet, diese und zukünftige Drucksachen dem Stadtbezirksrat zur Kenntnis zu geben. Stadtbaurat Leuer sagt dies zu.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3.3. Sachstand Radverkehrszählanlagen (FWI 194 / 2020)

21-15815-02

Herr Benscheidt geht auf Wunsch von Ratsfrau Johannes darauf ein, inwieweit zwischen Fahrrädern und anderen Fahrzeugen unterschieden werden könne. Dies werde bei der Beschaffung kritisch mitgeprüft. Weil die Messung mit Induktionsschleifen funktioniere, werden Inlineskates und Ähnliches nicht mitgezählt. Bei E-Scootern wären Fehlmessungen denkbar. Auf Frage von Ratsherr Kühn erklärt Herr Benscheidt, dass der ursprüngliche Plan, erstmal zwei Zählanlagen zu beschaffen und Erfahrungen daraus zu ziehen, verworfen worden sei. Die Marktanalyse habe ergeben, dass es nur ein in Frage kommendes Produkt mit verschiedenen Softwarelösungen gebe, sodass die Verwaltung nun gebündelt ausschreibe. Ratsherr Dr. Mühlnickel bittet um Auskunft zu Kriterien für die Standortauswahl, zu weiteren Beschaffungen, zur Datenauswertung und zum Aussehen. Für die jetzige und spätere Standortauswahl spielen Erfahrungen der Verwaltung zu Hauptverbindungen im Radverkehrsnetz (Ringgleis, Einfallstraßen usw.) eine Rolle. Die zentrale Datenauswertung könne perspektivisch per Open Data zu anderen Forschungszwecken verwendet werden. Die Messungen fließen in die Modellbetrachtungen für Verkehrsplanungen, auch zu Velorouten, ein. Die batteriebetriebenen Geräte ohne Display wirken unauffällig. Geräte mit Display werden bei gleicher Funktionsweise dort verwendet, wo sie marketingtechnisch („Fahrradstadt“) und unter Motivationsaspekten besonders wertvoll erscheinen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3.4. Beschlossener Haushaltsantrag FU 076 / 2020: Installation von "Trixi-Spiegeln" und farblichen Markierungen an Kreuzungen

21-15746-01

Herr Benscheidt erklärt auf Frage des Ratsherrn Kühn, dass es nur begrenzt gelungen sei, gemäß der ursprünglichen Zielsetzung die Finanzierung über Sponsoring zu sichern. Es werden Budgetmittel des FB 66 verwendet. Zu genauen Kosten wird dem Fachausschuss nach der Installation berichtet. Zum Thema der Markierungen der entsprechenden Radwege bzw. Radfahrstreifen werde noch im Jahr 2021 der Politik berichtet. Ratsherr Manlik bekundet, es sei besonders wichtig, Aufklärungsarbeit rund um den toten Winkel bei gefährdeten Gruppen, insbesondere Rad fahrenden Schulkindern, zu leisten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3.5. Mündliche Mitteilung zum Sachstand Baugebiet Feldstraße-Süd

Stadtbaurat Leuer berichtet von einer Normenkontrollklage. Diese werde rechtlich und fachlich geprüft und ein angepasster Auslegungsbeschluss für den kommenden Winter vorbereitet, ohne auf ein Urteil und eine Urteilsbegründung zu warten. Die Verwaltung greife zurück aus Erfahrungen aus der gerichtlichen Rüge zur fehlenden bildlichen Darstellung von Ausgleichs- und Ersatzflächen bei "An der Schölke-Neu", HO 54 (21-16642). Ziel sei eine Synchronisierung dieser beiden Baugebiete mit Synergien u. a. zur Erschließung.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4. Anträge

4.1. Erhalt des Brückenrelikts an der Spargelstraße

21-17009

Ratsfrau Palm begründet die beantragte Erörterung. Stadtrat Herlitschke und Herr Gerstenberg erläutern zur Historie und zum Sachstand und gehen auf Fragen und Anmerkungen der Ratsmitglieder Palm, Mundlos, Manlik und Johannes ein. Die Brücke sei funktionslos geworden. Sie ist bereits seit 2010, nach einer Bauwerksprüfung im Jahr 2010 mit der schlechtesten Note 4,0, für den Fußverkehr gesperrt und Treppenzugänge entfernt. Der Zustand des Bauwerks müsse spätestens dann verändert werden, wenn die Campusbahn dort entlangfahren soll. Nötig seien Sicherungsmaßnahmen bereits in den nächsten Monaten aufgrund einer Einsturzgefahr. Die Machbarkeitsstudie zum Erhalt des Brückenbauwerks wurde dem Planungs- und Umweltausschuss und dem Stadtbezirksrat 331 Nordstadt zur Kenntnis gegeben. Als der Auftrag zum Gutachten am 02.11.2020 vergeben wurde, habe es auf Basis einer Ersteinschätzung die Erwartungshaltung von Instandhaltungsmöglichkeiten in einem überschaubaren Kostenrahmen gegeben. Auf die in der Mitteilung außerhalb von Sitzungen 21-16097 näher dargestellten Varianten und sehr hohen Kostenschätzungen wird eingegangen. Unter Vorbehalt der Kosten und Finanzierung signalisiert Stadtrat Herlitschke, zu prü-

fen, Teile der Brücke am Standort mit Hinweistafeln zu präsentieren. Es könne dabei nur um kleinere Teile gehen, weil schon die Bergung des Überbaus mit vertretbarem Aufwand wahrscheinlich nicht schadlos möglich sein werde.

Ratsfrau Palm bittet für die Zukunft darum, bei vergleichbaren Bauwerken mit bedeutender industrieller oder verkehrlicher Geschichte sensibel und vorausschauend eine Möglichkeit zum Erhalt sicherzustellen. Mehrere Ausschussmitglieder signalisieren Akzeptanz, dass das Bauwerk nicht saniert wird. Die Verwaltung wird gebeten, dem Ausschuss und dem Stadtbezirksrat einen konkreten Vorschlag zur kulturellen Inszenierung von Fragmenten der Brücke zeitnah vorzulegen.

Protokollnotiz: Die angefallenen Gutachterkosten liegen bei knapp 13.000 Euro.

Ergebnis: Die beantragte Aussprache ist erfolgt.

5. Konzessionsausschreibung öffentliche Ladeinfrastruktur: Umfang und wesentliche Inhalte **21-16987**

Stadtbaurat Leuer erläutert die Grundlagenermittlungen für die Konzessionsausschreibung und den geplanten weiteren Ablauf inklusive Zeitplanung mit dem Ziel einer flächendeckenden und bedarfsgerechten Versorgung mit öffentlicher Ladeinfrastruktur. Es erfolgt eine Präsentation durch die Kanzlei Becker Büttner Held (BBH), deren Beratungstochter BBH Consulting (BBHC) sowie das Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität (IKEM). Die Präsentation ist aufgeteilt in den Part der Bedarfsermittlung sowie in die Konzeption des Vergabeverfahrens. Herr Calisir (BBHC), Herr Feltes (IKEM) und Frau Gut (BBH) tragen vor. *Die Präsentation ist protokollarisch unter TOP 5 öffentlich einsehbar.*

Stadtbaurat Leuer geht auf den von Ratsfrau Buchholz eingebrachten Änderungsantrag 21-17052 ein. Bisher ist die Vorgabe „mindestens 2 Ladepunkte pro Suchraum“ für alle Suchräume vorgesehen. Man erwarte, dass die Bieter allein aus wirtschaftlichen Gründen einen großen Anteil ihres Ausbaus in den verdichteten Innenstadt- und Ring-Suchräumen vornehmen. Darüber hinaus sieht das Vergabeverfahren zusätzlich zu der Mindestvorgabe „2 Ladepunkte pro Suchraum“ ausdrücklich einen bedarfsgerechten Ausbau vor. Dies sei wertungsrelevant. Eine Ausstattung des Östlichen Ringgebiets mit nur 2 Ladepunkten würde das Kriterium der Bedarfsgerechtigkeit nicht erfüllen. Ziel sei eine Konzessionsvergabe Mitte 2022. Frau Dr. Goclik hält die auf Seite 2 der Vorlage genannte E-Auto-Anzahl für 2030 im Hinblick auf die Klimaschutzziele für nicht ambitioniert genug. Stadtbaurat Leuer erklärt, dass man Zahlen des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) zugrunde gelegt habe. Mit dem Ziel einer bedarfsgerechten Abdeckung prüfe die Verwaltung vertragliche Regelungen, die eine Handhabe ermöglichen sollen, falls die tatsächliche Anzahl der E-Autos von der Prognose deutlich abweichen.

Frau Gut und Herr Feltes erläutern auf Wunsch des Ratsherrn Kühn u. a., dass sich die Definition von „halböffentlicher“ Ladeinfrastruktur aus der Ladesäulenverordnung (LSV) ergibt, nach welchen Kriterien die Suchräume gebildet wurden sowie dass man bei der Prognose der zukünftigen durchschnittlichen Auslastung der Ladesäulen die durchschnittlichen Gesamtladestunden pro Jahr verwendet habe, für die Erfahrungswerte von BS|Energy mit den in Braunschweig bereits vorhandenen Ladesäulen herangezogen worden seien.

Stadtbaurat Leuer geht auf Wunsch von Ratsfrau Jalyschko auf mögliche Zielkonflikte zwischen der Förderung der Elektromobilität und der für den Klimaschutz wünschenswerten Reduzierung des Gesamt-Pkw-Bestandes ein. Ratsherr Dr. Mühlnickel fragt, ob das für die Ladesäulen erforderliche Leitungssystem Bestandteil des Ausschreibungspakets sei. Stadtbaurat Leuer erklärt, dass der Konzessionär seine Standorte eigenverantwortlich so planen solle, dass die Ladesäulen an diesen Standorten auch tatsächlich genutzt werden können. Kartenzahlung werde ermöglicht. Überlegungen der Verwaltung zu finanziellen Konditionen für die Konzession werden auf Wunsch des Bürgermitglieds Becker erläutert.

Auf Grundlage der Ankündigungen von Stadtbaurat Leuer erklärt Ratsfrau Buchholz im Namen der BIBS-Fraktion ihr Einverständnis, über den Antrag 21-17052 in geänderter Fassung abzustimmen.

Beschluss (geändert, ergänzt um den in geänderter Fassung beschlossenen Änderungsantrag 21-17052):

„Die Verwaltung wird beauftragt, eine Konzession für die Errichtung und den Betrieb von Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum in Braunschweig gemäß dieser Drucksache öffentlich

Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, für eine bedarfsgerechte Anzahl und Verteilung im Stadtgebiet zu sorgen."

Abstimmungsergebnis (geänderter Beschlussvorschlag):

Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltung: 1

5.1. Änderungs- (Erweiterungs-) antrag zu Antrag 21-16987: Konzessionsausschreibung öffentliche Ladeinfrastruktur: Umfang und wesentliche Inhalte **21-17052**

Auf die Protokollierung zur Beschlussvorlage 21-16987 / TOP 5 wird verwiesen.

Beschluss (geändert):

Die Verwaltung prüft vor dem Vergabeverfahren ob die jeweilige vorab festgelegte Anzahl an geplanten Ladepunkten in verdichteten und zentrumsnahen Stadtgebieten deutlich höher als bei „mindestens 2“ liegen sollte. Für die final geplante Anzahl der ausgeschriebenen Ladepunkte in den festgelegten Suchräumen wird dem Rat vor dem Vergabeverfahren eine Information zugeleitet. **Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, für eine bedarfsgerechte Anzahl und Verteilung im Stadtgebiet zu sorgen.** (Abs. 1 des Beschlussvorschlags der Verwaltung bleibt ansonsten unverändert)

Abstimmungsergebnis (geänderter Beschlussvorschlag):

Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltung: 1

6. Gewährung von Fördermitteln der Kommunalen Wohnraumförderung **21-16997**

Ratsfrau Schneider fragt, inwieweit die Zusage der Baugenossenschaft >Wiederaufbau< eG eingehalten werde, Bestandsmieter*innen bei Ersatzwohnraum und Wiederbezug des neuen Wohnraums zu helfen. Stadtbaurat Leuer erläutert auf Basis von Gesprächen mit dem Vorstand vor wenigen Tagen, dass es solche Hilfestellungen gegeben habe und ein voraussichtlich überdurchschnittlicher Prozentanteil Wohnraum im Sanierungsgebiet haben werde.

Protokollnotiz: Nach Angaben der Baugenossenschaft >Wiederaufbau< eG sind 88 % der Mietparteien bei der Wiederaufbau geblieben. 71 % davon sind in der Weststadt geblieben.

Beschluss:

„Der Baugenossenschaft Wiederaufbau eG werden als kommunale Wohnraumförderung in Ergänzung der bereits bewilligten Förderung zusätzliche Mittel in Höhe von 11.271,60 € bewilligt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 13 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

7. Welfenhof, Abschluss eines Baudispensvertrages zur teilweisen Schließung und Einziehung der Packhofpassage **21-17034**

Stadtbaurat Leuer erläutert, es bestehe mit dem jetzigen Investor eine gute Aussicht, einen Magneten am Ende der Fußgängerzone zu schaffen. Für den Start der Umgestaltung gebe es noch kein Datum. Bis zur Fertigstellung dauere es etwa zwei Jahre. Zur Einziehung der Packhofpassage seien eine Anhörung des Stadtbezirksrates Mitte 130 und eine Entscheidung des Fachausschusses geplant. Bauordnungsrechtliche, stadtgestalterische und energetische Belange und die Wegeführung werden erläutert. Die Ratsherren Dr. Mühlnickel und Hinrichs bemängeln die Monotonie und das Fehlen von Grün in der Visualisierung. Mehr Grün und mehr Bänke seien zeitgemäß und würden der Aufenthaltsqualität zugutekommen. Ratsherr Hinrichs regt eine Wegeverbindung zum zukünftigen Pocket Park an der Kannen gießerstraße an. Stadtbaurat Leuer erklärt, die Visualisierung diene dazu, den Baukörper darzustellen. Bei der Privatimmobilie habe die Verwaltung wenig Gestaltungsspielraum, es gehe primär um die Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes. Die Gestaltung des anderen öffentlichen Raums sei noch offen. Stadtbaurat Leuer kündigt eine Weiterbe- trachtung der Anregungen im Zusammenwirken mit dem Investor an. Im nächsten Schritt sei die Erarbeitung des Bauantrags geplant.

Beschluss:

„Dem Abschluss eines Baudispensvertrages mit der LEA II GmbH zur teilweisen Schließung und Einziehung der Packhofpassage mit dem in der Anlage zur Drucksache 21-17035 vorgesehenen Inhalt wird zugestimmt. Die Verwaltung wird ermächtigt, Änderungen vorzunehmen, die nicht grundsätzlicher Art sind.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltung: 1

8. Anfragen

8.1. Ringgleis, Bauabschnitt Prinz-Albrecht-Park/Brodweg bis Helmstedter Straße 21-17006

8.1.1. Ringgleis, Bauabschnitt Prinz-Albrecht-Park/Brodweg bis Helmstedter Straße 21-17006-01

Stadtrat Herlitschke geht auf Abstimmungen mit Anliegern, u. a. Vertretern des Kleingartenvereins, und mit dem Arbeitskreis Ringgleis ein. Er kündigt an, den Austausch mit den Fraktionen/Gruppen zu suchen, bevor eine Entscheidung für Variante 4 oder 5 getroffen wird.
Protokollnotiz: Der Termin mit den Fraktionen/Gruppen ist für den 17.11.2021 vorgesehen.

Der Ausschuss nimmt die am 06.10.2021 einsehbar gemachte Stellungnahme und die Wortbeiträge zur Kenntnis.

8.2. Mündliche Anfragen

8.2.1 Ratsfrau Buchholz kritisiert die Radverkehrsführung an der Gifhorner Straße zwischen Mark-Twain-Straße und Hansestraße. Im Zuge der geänderten Verkehrsführung im Bereich der Baustelle an der Haltestelle Lincolnsiedlung wurde der Radverkehr stadteinwärts zunächst auf der linken Seite geführt. Nach dem eigentlichen Baustellenbereich wurde er dann wieder auf die rechte Seite verlagert. Sie bittet um Auskunft, warum das Radfahren im Bereich, der dem Abschnitt nach der Baustellenampel entspricht und der durch die Arbeiten nicht beeinträchtigt wird, nicht mehr erlaubt ist, und inwieweit geplant sei, den Radverkehr zwischen Mark-Twain- und Hansestraße dauerhaft links zu führen.

Herr Benseidtt antwortet, dass diese Radverkehrsführung aufgrund der Umbauarbeiten im Bereich des Busbahnhofs Lincolnsiedlung erforderlich gewesen sei, da durch die Bauarbeiten die Mindestbreite für einen gemeinsamen Geh- und Radweg nach den Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen von mindestens 1,60 m deutlich unterschritten wird. Die Maßnahme soll 2021 abgeschlossen werden. Eine dauerhafte Führung des Radverkehrs „auf der falschen Seite“ (häufige Unfallursache) sei nicht vorgesehen.

8.2.2 Herr Benseidtt und Stadtbaurat Leuer gehen auf Wunsch des Rats Herrn Dr. Mühlnickel auf die bisher nicht ausgeschöpften Fördermittel für Lastenräder (insbesondere aufgrund konkurrierender Förderprogramme) ein. Werbung habe stattgefunden. Eine Anpassung des Förderprogramms werde geprüft. Eine Ausweitung des Adressatenkreises sei aktuell nicht geplant.

8.2.3 Bürgermitglied Dr. Schröter fragt zum Schulradwegeplan, aufbauend auf der Mitteilung außerhalb von Sitzungen 21-16966, inwieweit ausgewiesene unbefestigte und unbeleuchtete Radwege verbessert werden. Herr Benseidtt geht auf den Ziel- und Maßnahmenkatalog zur Verbesserung des gesamten Radwegenetzes ein. Einheitliche Festlegungen für Wege im Einflussbereich von Feldmarksinteressenschaften gebe es noch nicht.

8.2.4 Die Ratsmitglieder Mundlos, Kühn und Jalyschko fragen, wie die Verwaltung mit den Anliegen von Anwohner*innen der Eisenbütteler Straße zu nächtlichem Verkehrslärm, Verkehrsaufkommen und Geschwindigkeitsbegrenzung umgehe. Herr Benseidtt und Stadtrat Herlitschke erklären, auf Grundlage des geltenden Lärmaktionsplans und mangels Gefahrenlagen sei eine Anordnung von Tempo 30 auf der Hauptverkehrsstraße nicht möglich. Zwar lassen sich mehr als 55 dBA messen, aber aufgrund geringer Einwohnerdichte werde der sog. Lärmschwellenwert nicht erreicht.

8.2.5 Stadtbaurat Leuer und Stadtrat Herlitschke erläutern auf Wunsch von Ratsfrau Mundlos die Hintergründe für die Verlängerung der Genehmigung für das Reallabor der TU auf dem Hagenmarkt bis Sommer 2022. Eine Baugenehmigung sei nicht nötig. Eine Umgestaltung des Hagenmarktes könne ohnehin erst später erfolgen, weil sich an die Bürgerbefragung eine mehrmonatige Planung anschließe. Ein Plan zur Grünpflege befinde sich in Abstimmung.

8.2.6 Stadtbaurat Leuer geht auf Anmerkungen des Ratsherrn Kühn zur Ausgestaltung der Radverkehrsanlagen im Bereich Wenden-West 1. BA (siehe u. a. Mitteilung außerhalb von Sitzungen 21-17031) und zu Begrenzungstreifen usw. im Allgemeinen ein.

8.2.7 Ratsherr Dr. Mühlnickel bittet, die soziale Infrastruktur im Baugebiet Dibbesdorfer Straße-Süd in Querum zeitnah fertigzustellen. Stadtbaurat Leuer geht auf die Sachstände ein und sagt einen entsprechenden Austausch mit dem Investor diese Woche zu. Stadtrat Herlitschke ergänzt, dass der Bauantrag für den Neubau der Kindertagesstätte Kornblumenstraße aktuell abgestimmt werde.

Verabschiedung und Dank

Stadtbaurat Leuer und Stadtrat Herlitschke würdigen im Namen der Verwaltung die Ausschussvorsitzende Palm für ihren 15-jährigen Einsatz im Ausschuss.

Sie danken zudem den ausscheidenden Mitgliedern und dem ganzen Ausschuss für die gute Zusammenarbeit und das kollegiale Miteinander.

Ausschussvorsitzende Palm und das langjährige Rats- und Ausschussmitglied Manlik danken der Verwaltung und den politischen Vertreterinnen und Vertretern.

gez. Palm

gez. Leuer

gez. Matoš

Ausschussvorsitz
Palm

Stadtbaurat
Leuer

Geschäftsführung
Matoš